

merksamkeit sollten die Medien dabei den frühzeitigen Hinweisen auf eskalierende Krisen und Konflikte widmen. Wo ihnen nachgegangen wird und sie ins Licht öffentlicher Aufmerksamkeit gerückt werden, begünstigt dies ein ebenfalls frühzeitiges Engagement von Staaten und der Staatengemeinschaft. Dies erhöht die Chance, gewalttätige Auseinandersetzungen vermeiden oder wenigstens ihre Eskalation bremsen zu können.

*Bericht-
erstattung
über Kriegs-
handlungen*

(128) Eine besondere Seite der journalistischen Verantwortung betrifft die direkte Berichterstattung über Kriegshandlungen. Bilder von Toten und Verstümmelten, von Zerstörung und Vernichtung können aufdringlich oder auch abstumpfen, selten aber dürfen sie faszinieren. Anders bei den modernen, auf höchstem technischen Niveau geführten Kriegen: Der zweite Golfkrieg Anfang der neunziger Jahre und der Kosovo-Einsatz der NATO im Frühjahr 1999 erschienen auf den Bildschirmen wie technisch perfekte Arrangements, bestimmt von der Ästhetik der Video-Spiele. So tritt beim Zuschauer die Faszination des militärischen Geräts an die Stelle des Grauens, das mit der Wahrnehmung seiner Wirkungen und des menschlichen Leids verbunden sein mußte. Abhängig von den Bildern, die das Militär liefert oder zur Veröffentlichung freigibt, kann die Berichterstattung auch gegen ihren eigenen Willen zur Propaganda werden. Selbst für verantwortungsbewusste Medienschaffende ist es nicht leicht, solchen gewollten oder ungewollten Manipulationen zu entgehen. Das setzt den Mut und die Kraft voraus, der Versuchung standzuhalten, sich an der Faszinationsbereitschaft eines breiten Publikums zu orientieren, und statt dessen ernsthafte Aufklärung zur eigenen Sache zu machen. In einer freien Gesellschaft entscheiden die Konsumenten der Medienproduktion über ihre Nachfrage mit, welche Form der Berichterstattung und Kommentierung sich durchsetzt. Zwar muss der Staat auf die rechtlichen Rahmenbedingungen achten, die Meinungs- und Medienvielfalt garantieren und Monopolbildungen ausschließen. Es scheint aber, dass die Hauptgefährdenquelle für die zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit in der modernen Medienwelt nicht nur in staatlicher Zensur oder in der Macht monopolistischer Medienkonzerne liegt, sondern in der Tendenz zur Privatisierung und Segmentierung öffentlicher Kommunikation und dem Zwang, sie immer ausschließlicher nach dem Kriterium wirtschaftlichen Erfolgs zu richten. Sinkt aber einerseits das Interesse des Publikums an politischen Belangen und orientieren sich auf der an-

deren Seite die Anbieter nur noch an ihren Verkaufsinteressen, dann schrumpft der Raum, in dem über politische Angelegenheiten öffentlich und qualifiziert debattiert wird.

II.7 Bedeutung und Grenzen militärischer Mittel

II.7.1 Abrüstung und Rüstungskontrolle

(129) Seit Beginn der neunziger Jahre ist es zu einer Reihe von Rüstungskontroll- und Abrüstungsvereinbarungen gekommen. Die START-Verträge zur Reduzierung der Kernwaffenbestände der USA und der Sowjetunion bzw. Russlands, der KSE-Vertrag zur Verminderung der konventionellen Rüstungen in Europa, die Konvention zum Verbot der Chemiewaffen, die Übereinkunft zur unbegrenzten Weitergelung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, der Vertrag über einen umfassenden nuklearen Teststopp und das Abkommen über das Verbot und die Beseitigung der Landminen – all dies waren hoffnungsvolle Anzeichen für eine zunehmende Bereitschaft der Staaten, die Waffen- und Zerstörungspotentiale zu begrenzen und sich von der Militarisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen abzukehren. Zum ersten Mal seit dem Ende des Ost-West-Konflikts gingen 1992 die weltweiten Rüstungsausgaben spürbar zurück.

(130) Inzwischen aber scheinen diese Trends zum Besseren gestoppt, in einigen Bereichen sogar ins Gegenteil umgeschlagen zu sein. Auch die Rüstungsdynamik, die zur Entwicklung immer „perfekterer“ Waffensysteme führt, setzt sich unaufhaltsam fort. Der internationale Waffenhandel floriert, gerade auch der Handel mit den in ihrer Gefährlichkeit verkannten Kleinwaffen. Im Feld der Massenvernichtungswaffen, die in den Händen von skrupellosen Machthabern eines Staates oder von terroristischen Gewalttätern unübersehbares Unheil anrichten, besteht ebenfalls kein Grund zur Entspannung: Ihre Verbreitung schreitet voran. Eine neue Dynamik erhält der Waffenhandel durch einige der ehemals sozialistischen Staaten; aus Gründen der Devisenbeschaffung verkaufen sie große Mengen und tragen so zum Aufbau und zur Verstärkung gefährlicher Konfliktpotentiale bei. Unkontrollierbare Wirkungen sind mit Waffenlieferungen aus westlichen Staaten verbunden, insbesondere mit den

Ruckschlag

Abrüstung

von privaten Geschäftemachern bedienten schwarzen und grauen Beschaffungsmärkten.

Konsequenzen der Hochrüstung

(131) Es bleibt dringend geboten, die Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung fortzusetzen und den Handel mit Waffen einzudämmen. Denn Hochrüstung und ein unkontrollierter Zufluss an Waffen gefährden den Aufbau dauerhafter Friedensordnungen und bedeuten ein schwerwiegendes Hindernis für die Einleitung von Friedensprozessen. Ebenso kann mit der Anhäufung großer Waffenarsenale die Versuchung wachsen, bestehende Konflikte durch den Einsatz militärischer Mittel gewaltsam zu bewältigen. Die Herstellung und Unterhaltung militärischer Anlagen und der Erwerb von Waffensystemen sind darüber hinaus sehr kostenintensiv und belasten die einzelnen Volkswirtschaften. Sie binden Mittel, die für dringlich wahrzunehmende gesellschaftliche und politische Aufgaben nicht mehr zur Verfügung stehen: „Während man riesige Summen für die Herstellung immer neuer Waffen ausgibt, kann man nicht genügend Hilfsmittel bereitstellen zur Bekämpfung all des Elends in der heutigen Welt“ (GS 81). Dies trägt gerade in den Entwicklungsändern zur Verteilung bestehender Not bei. Es ist besonders bedrückend, dass Waffen aus dem Ausland in der Hand autoritärer Regime oft zur Repression im eigenen Land eingesetzt werden.

Forderungen an die Politik

(132) Wir mahnen deshalb folgende Gesichtspunkte an:

- Umfang, Ausrüstung und Organisation der Streitkräfte sind daran auszurichten, was für die Aufgaben der Landes- und Bündnisverteidigung, aber auch für ein angemessenes Engagement im Rahmen internationaler Krisenbewältigung ausreicht. Mehr ist immer von Übel, auch ein gewohnheitsmäßiges Beharren auf der Unterhaltung mächtiger Militärapparate als Attribut nationaler Souveränität.
- Die internationalen Rüstungskontroll- und Verifikationsmechanismen sowie alle Institutionen, die sich Rüstungskontrolle und Vertrauensbildung zum Ziele gesetzt haben, verdienen Förderung.
- Die Verpflichtungen, die sich für alle Signatarstaaten aus dem Nichtverbreitungsvertrag für Kernwaffen ergeben, müssen strikt erfüllt werden. Vor allem sind waffenfähiges Nuklearmaterial und

militärisch nutzbare Nukleartechnologien strengen internationalen Kontrollen zu unterwerfen. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass die fünf „anerkannten“ Kernwaffenstaaten sich erst kürzlich erneut dazu verpflichtet haben, Schritte zur eigenen nuklearen Abrüstung zu unternehmen.

- Die Kontrollen für Rüstungsexporte müssen weltweit restriktiver gestaltet werden. Hier kommen auch auf die Bundesrepublik Deutschland wichtige Aufgaben zu. So sollte Deutschland seine vergleichsweise strenge Exportkontrollpolitik bei der Ausfuhr von Rüstungsgütern und Kriegswaffen strikt beibehalten und im Bereich offenkundiger Schwachpunkte noch verschärfen. Dass selbst bestehende gesetzliche Kontrollregelungen von skrupellosen Geschäftsleuten missachtet und umgangen werden können, zeige der Export von Gütern und Bauteilen, mit denen die Empfänger insgeheim Anlagen zur Herstellung von ABC-Waffen errichten konnten. Die Bundesrepublik sollte aber nicht nur in ihrer eigenen Exportpolitik restriktiv verfahren.²¹ Mit Nachdruck müssen die Bemühungen fortgesetzt werden, wirksame Exportkontrollen für Kriegswaffen (einschließlich Kleinwaffen) auf internationaler Ebene, vor allem im Rahmen der Europäischen Union, durchzusetzen. Der Verhaltenskodex der Europäischen Union für Waffenausfuhren vom Mai 1998 kann nur als erster, wenngleich bedeutsamer Schritt angesehen werden. Verstärkte Beachtung müssen dabei in Zukunft auch die sogenannten Dual-Use-Güter finden, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke eingesetzt werden können.²²

II.7.2 Streitkräfte im Wandel

(133) „Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht“, so lehrt das Zweite Vatikanische Konzil, „betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei“ (GS 79). Ganz ähn-

Soldaten

²¹ Die Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern vom 19.01.2000 bedeuten einen Schritt in Richtung auf eine restriktivere und stärker von Menschenrechtsgegensätzen geleitete Politik.

²² Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKKE) gibt einen jährlichen „Rüstungsexportbericht“ heraus. Er befasst sich schwerpunktmäßig mit den Entwicklungen der deutschen und der europäischen Politik.



Deutschland weiterhin drittgrößter Waffenexporteur

Rüstungshersteller drängen auf mehr Waffenexporte

Deutsche Waffen im Visier der Kirchen

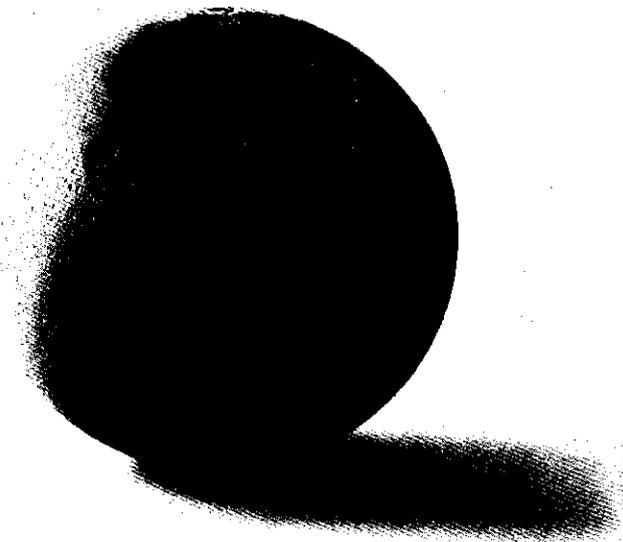
»Weder die Bundesregierung noch das Generalsekretariat des Europäischen Rates haben die Zahlen und Werte über Rüstungsexportgenehmigungen in 2009 zur Verfügung gestellt«, kritisierten die beiden großen Kirchen bei der Vorstellung ihres Rüstungsexportberichtes im Dezember 2010. Damit sei ein Höhepunkt fehlender Information und mangelnder Beteiligung im sensiblen Feld der Rüstungsexportpolitik erreicht. Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus dem 140 Seiten umfassenden 14. Rüstungsexportbericht der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE).

Deutschland weiterhin drittgrößter Waffenexporteur

Die renommierte US-amerikanische Studie *Conventional Arms Transfers to Developing Nations* beziffert die deutschen Rüstungstransfers im Jahr 2009 auf 2,8 Milliarden US-Dollar (das entspricht 8 Prozent des Weltrüstungshandel). Damit rangiert Deutschland hinter den USA (41 Prozent) und Russland (10,6 Prozent) weiterhin auf Platz drei. Nach Einschätzung des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI sind die deutschen Rüstungsexporte zwischen 2005 und 2009 um 100 Prozent gegenüber dem Zeitraum 2000 bis 2004 gestiegen.

Hoher deutscher Anteil am Kleinwaffenhandel

Deutschland hat einen vergleichsweise hohen Anteil am weltweiten legalen Handel mit kleinen und leichten Waffen. In den zurückliegenden Jahren ist zudem ein Anstieg der Genehmigungswerte für die Ausfuhr von Munition und von Fertigungsanlagen für Waffen und Munition zu verzeichnen. Die GKKE kritisiert die destabilisierende und entwicklungshemmende Wirkung der Kleinwaffen. Sie gehören nicht in Konfliktregionen und nicht in Entwicklungsländer, wohin sie legal gelangen – wie wir der Empfängerliste leider entnehmen müssen – und illegal, wie Projektpartner in der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, etwa aus der Demokratischen Republik Kongo oder dem Sudan, immer wieder beklagen. Auch sie fordern uns auf: »Helft uns die Kleinwaffenplage einzudämmen!«



Die wichtigsten Liefer- und Abnehmerstaaten (2005–2009)

Quelle: SIPRI Fact Sheet 2010

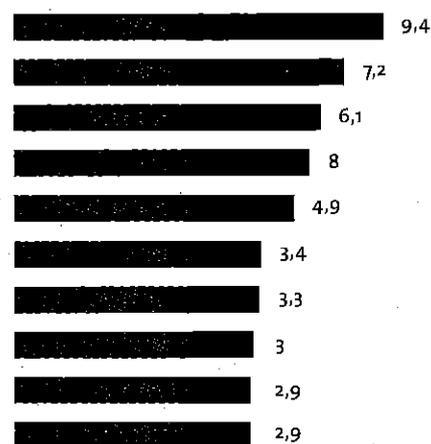
Lieferstaaten	Anteil am Weltrüstungshandel (in Prozent)	Wichtigste Abnehmer (in Prozent)
[Redacted]	30	Südkorea (14) Israel (11) VAE (11)
[Redacted]	23	China (35) Indien (24) Algerien (11)
[Redacted]	11	Türkei (14) Griechenland (13) Südafrika (12)
[Redacted]	8	VAE (25) Singapur (21) Griechenland (12)
[Redacted]	4	USA (23) Indien (15) Saudi-Arabien (10)

Staatliche Absicherung durch Hermes-Bürgschaften

Seit dem Jahr 2000 wurden Ausfuhren von Kriegswaffen und Rüstungsgüter an 40 Staaten im Umfang von 6,43 Milliarden Euro durch staatliche Ausfallbürgschaften (Hermes-Bürgschaften) abgesichert. Unter den Empfängern sind Länder wie Pakistan. Bei kritischen Beobachtern klingeln hier sofort die Alarmglocken: Konfliktregion, Entwicklungsland und nicht gerade eine menschenrechtskonforme Politik.

Einmal mehr wiederholt die GKKE den Appell an die Bundesregierung, darauf zu verzichten, Rüstungsausfuhren durch staatliche Ausfallbürgschaften abzusichern und damit das Geschäftsrisiko von rüstungsexportierenden Firmen zu Lasten des Steuerzahlers zu mindern. Dies kommt einer indirekten Subvention von Rüstungsausfuhren gleich, die in der Wirtschaftskrise, bei Verlust der Zahlungsfähigkeit des Kunden, rasch zu einer direkten werden kann.

Zwischen 2005 und 2009 waren die größten Importeure, gemessen an ihrem Anteil am Weltrüstungshandel (in Prozent):



»Der Fall Griechenland«

Griechenland hat mit der internationalen Finanzkrise einen tiefen Sturz erlebt. Vor Ausbruch der Schuldenkrise hat das Land mehr als 3 Prozent seines Bruttosozialproduktes für Militärzwecke ausgegeben (Deutschland: 1,4 Prozent). Der Anteil der Militärausgaben je Einwohner betrug 680 Euro, in Deutschland 375 Euro. Zwischen 2005 und 2009 zählte das Land zu den fünf größten Waffenkäufern weltweit. 31 Prozent der Rüstungsimporte stammten aus Deutschland. Noch 2010 hat Griechenland 223 Panzerhaubitzen aus Bundeswehrbeständen im Wert von 10 Millionen Euro übernommen (Stückpreis ca. 45.500 Euro).

Deutsche Exporte von Panzern, Artillerie, Munition und U-Boote stützten den griechischen Rüstungswettlauf mit der Türkei. Auch die Türkei profitierte von umfangreichen deutschen Rüstungslieferungen, der Überlassung von Alt-Material und Lizenzvergaben. Der Fall Griechenland lehrt, dass das Auseinanderklaffen von exzessiven Militärausgaben und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit nicht nur bei Entwicklungsländern auftritt. Deshalb sollte die Bundesregierung auch bei Rüstungsgeschäften mit Bündnispartnern deren wirtschaftlichen und politischen Folgen in Rechnung stellen.

Unzuverlässige Informationspolitik der Bundesregierung

Die Praxis der amtlichen Rüstungsexportberichte ist nach wie vor enttäuschend, legt man als Maßstab die Verfügbarkeit, Verlässlichkeit, Reichweite, Präzision und Vergleichbarkeit der mitgeteilten Informationen zugrunde. Die Fachgruppe Rüstungsexport der GKKE kritisiert, dass die Rüstungsexportberichte der Bundesregierung nicht verlässlich zu einem festen Termin und stattdessen immer zeitferner erscheinen. Die im Rüstungsexportbericht der Bundesregierung zu findenden Informationen bleiben in mancher Hinsicht auch hinter Auskünften der

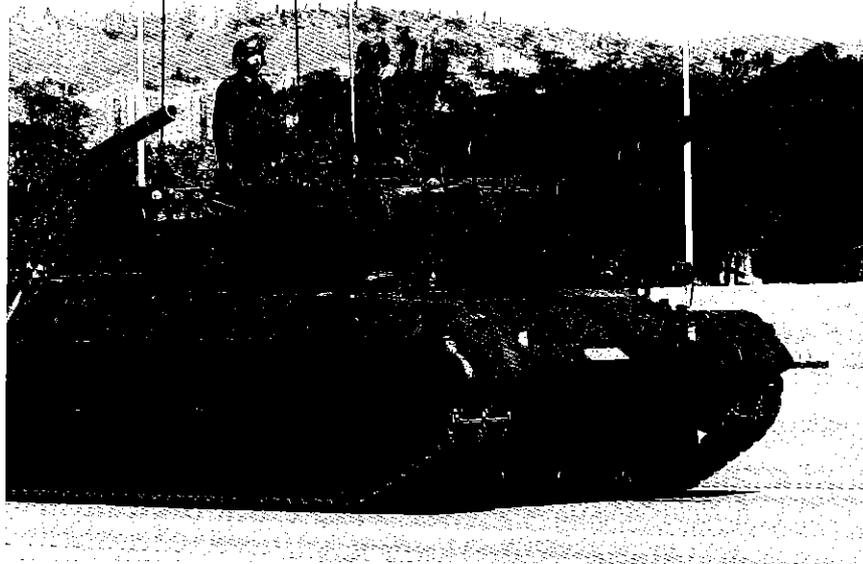
Regierung auf parlamentarische Anfragen zurück. Außerdem fehlen Angaben zu Voranfragen, obwohl wichtige Weichenstellungen bereits in der Phase der Anbahnung eines Transfers stattfinden. Auch der Komplex der Sammelausfuhrgenehmigungen im Zuge von Rüstungskooperationen wird nur pauschal behandelt.

Die fehlenden Angaben der Bundesregierung über die Gewährung von Lizenzen zum Nachbau deutscher Waffen, vor allem von kleinen und leichten Waffen, sind angesichts der Kenntnisse über deren zerstörerische Wirkungen nicht akzeptabel. Zumindest sollten die Genehmigungsbehörden, so die Forderung der GKKE, in der Lage sein, auf parlamentarische und öffentliche Nachfragen präzise Auskünfte über den Sachstand und über die Möglichkeiten einer Endverbleibskontrolle zu geben. Die Summe dieser Defizite verhindert eine angemessene Bewertung der politischen Relevanz von verfügbaren Informationen zur Rüstungsexportpolitik.

Rüstungshersteller drängen auf mehr Waffenexporte

In Deutschland drängen Rüstungshersteller in Erwartung neuer Exportaussichten darauf, die bisherigen Restriktionen für Rüstungsausfuhren abzuschwächen, um ihre Produktionskapazitäten angesichts absehbar sinkender Binnennachfrage zu erhalten. Sie können sich dabei auf entsprechende Aussagen im Koalitionsvertrag vom 26. Oktober 2009 stützen. Die Argumentation seitens der Rüstungsindustrie koppelt geschickt den weiter bestehenden Bedarf an Rüstungsgütern für eine reduzierte Bundeswehr mit dem Anliegen, die Exportleistung der Hersteller zur Geltung zu bringen. Nach Aussagen von Friedrich Lürßen, Eigner der gleichnamigen Werft in Bremen und Präsident des neu gegründeten Bundesverbandes der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, gehen 70 Prozent der Produktion von Waffen und Rüstungsgütern ins Ausland. Aber nur das kann exportiert werden, so seine Aussage, was die Bundeswehr als Erstkunde gekauft hat. Bundeswehraufträge gelten als unverzichtbare Türöffner für weitere Geschäfte.

Das Drängen der Rüstungsindustrie, Produktionskapazitäten durch erleichterte Rüstungsausfuhren auszulasten, sekundiert auch die Strukturkommission der Bundeswehr in ihrem Bericht vom Oktober 2010. Um kostendeckend zu agieren, werde die Rüstungsindustrie, hier stets als »wehrtechnische Industrie« bezeichnet, mehr als bisher vom Export



Ein in Deutschland hergestellter Panzer der türkischen Armee während einer Militärparade
Foto: dpa

und von der zivilen Verwertbarkeit ihrer Produkte abhängig sein. Die Strukturkommission empfiehlt, die »nationalen Exportrichtlinien den europäischen Standards« anzugleichen. Das verbindet sie mit der Erwartung auf eine Erleichterung der Ausfuhr deutscher Rüstungsgüter. Zumindest lassen das Presseberichte mit folgenden Überschriften vermuten: »Deutsche Rüstungsexporte. Kanonen für die Konjunktur«, »Bundeswehr-Kommission: Rüstungsexporte erleichtern« oder: »Not schweißt zusammen. Die heimische Waffenindustrie fürchtet den Sparzwang und den neuen Kurs des Verteidigungsministers. Sie hofft nun auf schnellere Exportgenehmigungen.«

Die GKKE hält es für unzulässig, Entwicklung und Beschaffungen von Rüstungsgütern für die Bundeswehr in Erwartung von Exporterlösen zu planen und deshalb Rüstungsgeschäfte zu erleichtern. Sie erinnert an die Aussage des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt aus dem Jahr 2008: »Unsere Volkswirtschaft und unsere Zahlungsbilanz sind nicht auf Waffenexporte angewiesen. Zumindest wäre zu wünschen, dass wir die Richtlinien für unsere Waffenexporte wesentlich enger fassen.« Wenn die Einsparungen der deutschen Verteidigungsausgaben dazu führen, dass Rüstungsaufträge

»Unsere GKKE Fachgruppe Rüstungsexporte ist zum Träger des Göttinger Friedenspreises für das Jahr 2011 gewählt worden; zusammen mit der ökumenischen Aktion ›Ohne Rüstung Leben‹. Wir freuen uns über diese Auszeichnung und sehen uns als Kirchen in unserem friedenspolitischen Engagement in ökumenischer Verbundenheit bestätigt.«

Prälat Dr. Bernhard Felmberg
Evangelischer Vorsitzender der GKKE





Holger Rothbauer
Foto: Privat

Die »Fachgruppe Rüstungsexporte« der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) legt seit 1997 jährlich einen Rüstungsexportbericht vor. Dieser stellt öffentlich verfügbare Informationen über die deutschen Ausfuhren von Kriegswaffen und Rüstungsgütern zusammen und ordnet sie in das politische Umfeld ein. Er versteht sich auch als Reaktion auf die jährlichen Rüstungsexportberichte der Bundesregierung. Dies geschieht in der Absicht, den Stellenwert der deutschen Rüstungsausfuhren im Zusammenhang der Friedens-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik herauszuarbeiten und um die Grundlagen für einen Dialog mit den Trägern politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Verantwortung bereitzustellen.

Der »Fachgruppe Rüstungsexporte« gehören Vertreter der Kirchen, Fachleute aus wissenschaftlichen Einrichtungen und Nichtregierungsorganisationen an. Die Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben wird von Holger Rothbauer vertreten.

annulliert, storniert oder nicht mehr neu erteilt werden, darf das nicht als Begründung dafür dienen, Fertigungskapazitäten durch erleichterte Rüstungsausfuhren zu erhalten. Gleichfalls liegt nahe, frühere erfolgreiche Ansätze der Konversion in der Rüstungsindustrie wiederzubeleben. Sie haben deutsche Unternehmen, die neben Rüstungsgütern auch zivile Produkte herstellen, verglichen mit anderen europäischen Produzenten, weniger anfällig

gegenüber Schwankungen auf dem Weltrüstungsmarkt gemacht. Hier sind neue Impulse geboten.

Genehmigungsvorbehalt für den Export von Rüstungsgütern

Ein unbearbeitetes, systematisches Problem stellt die Konkurrenz zweier unterschiedlicher Logiken im deutschen Rüstungsexportrecht dar. Sie schlägt sich in dessen Unterscheidung zwischen Kriegswaffen und (sonstigen) Rüstungsgütern nieder. Nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz ist die Ausfuhr von Kriegswaffen grundsätzlich verboten, es sei denn, dass sie die Regierung ausdrücklich genehmigt. Umgekehrt schützt das Außenwirtschaftsgesetz den freien Handel mit allen Gütern, darunter auch Rüstungsgütern, und erlegt der Regierung strenge Regeln für einen Eingriff auf. Diese muss jeweils »gerichtsfest« sein.

Da die Mehrzahl der deutschen Rüstungsausfuhren aus Rüstungsgütern besteht, die nach dem Außenwirtschaftsgesetz zu beurteilen sind, bringt die GKKE die Option in die Diskussion, für Kriegswaffen und Rüstungsgüter gleichermaßen einen Genehmigungsvorbehalt (kein Rüstungsexport ist erlaubt, wenn er nicht ausdrücklich genehmigt ist) einzuführen. Es sollte deshalb geprüft werden, ob die Harmonisierung der Rechtsgrundlage einen widerspruchsfreien Umgang mit Rüstungsausfuhren und ein Mehr an Transparenz versprechen kann. Außerdem wäre die Verpflichtung aufzunehmen, Genehmigungen zu begründen.

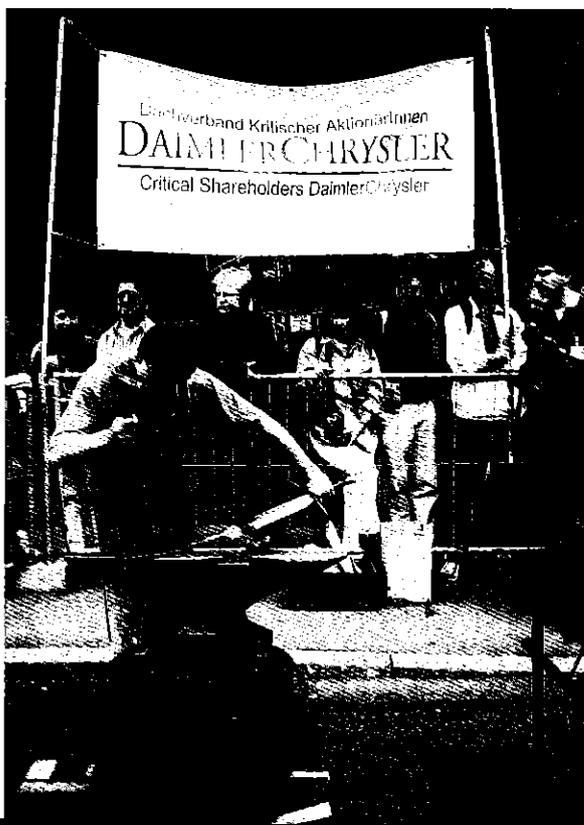
Redaktion: Paul Russmann, Januar 2011

- Der vollständige Rüstungsexportbericht 2010 der GKKE kann als PDF-Datei unter http://www3.gkke.org/fileadmin/files/publikationen/2010/REB_2010_fuer_Presse.pdf bezogen werden.
- Die gedruckte Broschüre (DIN A5, 140 Seiten) kann – solange der Vorrat reicht – kostenlos bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben angefordert werden.

Die Reihe »kompakt« enthält Kurzbeiträge oder Diskussionsbeiträge zu aktuellen friedenspolitischen Themen.

© und Bezug: Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Tel. 0711 608396, Fax 0711 608357, orl-info@gaja.de.

Die Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben wird vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) finanziell gefördert.



»Schwerter zu Pflugscharen« – symbolische Umschmiedeaktion während des Kirschentags in Stuttgart.
Foto: Hans Koritke



Gewaltanwendung gewaltfrei entgegentreten | Der Tod ist wieder ein Meister aus Deutschland

Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg

Die Friedensinitiative »Ohne Rüstung Leben e. V.« und die »Fachgruppe Rüstungsexporte der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung« sind am 5. März 2011 mit dem Göttinger Friedenspreis ausgezeichnet worden. Mit der Verleihung soll das langjährige praktische und wissenschaftliche Engagement der beiden Gruppierungen gegen Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte gewürdigt und die öffentliche Wirksamkeit ihrer Aktivitäten unterstützt werden.

Für beide Initiativen meine Frieden mehr als die Abwesenheit von Krieg, heißt es in der Verleihungsurkunde. »Frieden entsteht durch die Entwicklung menschenwürdiger Lebensverhältnisse für alle Menschen – auch für zukünftige Generationen. Den Preisträgern geht es darum, Perspektiven für das gewaltfreie Austragen von Konflikten zu entwickeln und Wege zu finden, möglicher Gewaltanwendung gewaltfrei, ohne Waffen entgegentreten.«

Die praktische Arbeit von »Ohne Rüstung Leben e. V.« gründe ebenso wie die wissenschaftliche Arbeit der »GKKE-Fachgruppe Rüstungsexporte« auf der Einsicht, dass Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte keine politischen Probleme lösen, weil sie deren Ursachen nicht beseitigen. Rüstung und Waffengewalt böten letztlich keinen Schutz, sondern stellten eine Bedrohung für alle Menschen dar. Wo durch Rüstung und Waffengewalt bedroht

oder zerstört werde, was verteidigt und geschützt werden sollte, sei die Sinnlosigkeit der Anwendung von Waffengewalt offenkundig.

Für »Ohne Rüstung Leben e. V.« erinnerte Paul Russmann an die neun Gründungsväter dieser Organisation; Pfarrer der evangelischen Landeskirche Württemberg, die vor über 30 Jahren die Aktion Ohne Rüstung Leben aus der Taufe hoben. »Ohne Rüstung Leben ist keine Organisation der großen Namen, sondern der vielen kleinen Leute. Viele Leute an vielen kleinen und großen Orten, die auf der Straße, im Gottesdienst, in der Schule oder vom Schreibtisch aus die nächsten Schritte auf dem langen Weg zu einem Leben frei von Rüstung unterstützen.

Vorstand, Jury und Kuratorium der Stiftung Dr. Roland Röhl mit dem Laudator Andreas Zumach (2. von rechts) und Paul Russmann (rechts) von Ohne Rüstung Leben



Über 300 Gäste
in der Aula der
Georg-August-
Universität
in Göttingen



Der Tod ist wieder ein Meister aus Deutschland

Die Lieferung von Waffen und Ausrüstung zur Kriegsführung sowie zur innerstaatlichen Unterdrückung an diktatorische Regimes im Nahen/ Mittleren Osten und Nordafrika ebenso wie an Diktaturen und in Spannungsgebiete in anderen Weltregionen ist nach meiner Überzeugung der größte permanente Skandal deutscher Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik. Nicht nur, weil diese deutschen Exporte verantwortlich sind für den Tod, die lebenslange Verstümmelung, gewaltsame Unterdrückung oder Folter von hunderten Tausenden Menschen in aller Welt. Sondern auch, weil die Ausgaben der Empfängerländer der deutschen Waffen und Unterdrückungsinstrumente den Staatshaushalten dieser Länder kostbare Ressourcen entziehen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung.

Es ist das große Verdienst der beiden heutigen Preisträger »Ohne Rüstung Leben« und der »Fachgruppe Rüstungsexporte der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung« (GKKE), dass sie seit ihrer Gründung in den Jahren 1978 beziehungsweise 1997 beharrlich dazu beitragen, dass dieser Skandal zumindest nicht völlig vergessen wird.

Laut dem jüngsten – Mitte Dezember 2010 vorgelegten – Bericht der GKKE, erhielten im Jahr 2009 44 Staaten, in denen die Menschenrechtssituation

sehr bedenklich ist, Rüstungsgüter aus Deutschland. In 45 Empfängerländern deutscher Waffen herrschten »schwere Gewaltkonflikte«.

Bereits seit 2006 liegt Deutschland hinter den USA und Russland auf dem dritten Platz der größten Rüstungsexporteure – mit stetig wachsendem Abstand zu den beiden europäischen Hauptkonkurrenten Frankreich und Großbritannien. Eine weitere Steigerung der Rüstungsexporte ist zu befürchten. In einigen Waffenkategorien sind deutsche Hersteller heute weltweit führend oder gehören zumindest zur Spitzengruppe der Exporteure.

Bei keiner anderen Ausfuhr von Gütern ist die Transparenz so mangelhaft wie beim Rüstungsexport. Die Entscheidungen fallen auf der Exekutivebene oftmals im hochgeheim tagenden Bundessicherheitsrat. Eine parlamentarische Kontrolle oder gar Mitbestimmung findet so gut wie nicht statt. Die Rüstungsexportberichte der Bundesregierung sind in vieler Hinsicht mangelhaft und wurden zudem bislang mit Verspätungen von bis zu einem Jahr vorgelegt.

Das macht den seit 1997 jeweils zum Jahresende veröffentlichten Bericht der Fachgruppe Rüstungsexporte der GKKE unter Vorsitz von Bernhard Moltmann umso wichtiger. Mit seinen sorgfältigen Recherchen und fundierten Bewertungen ist der

GKKE-Bericht für Politiker und Journalisten und den Teil der kritischen Öffentlichkeit, die sich überhaupt noch für das Thema Rüstungsexporte interessiert, längst zur wichtigsten Quelle und Arbeitsgrundlage geworden.

Dass die wichtigen Inhalte der GKKE-Berichte möglichst breite Aufmerksamkeit finden, auch an der Basis von Kirchengemeinden und örtlichen Friedensinitiativen, dafür sorgt ganz wesentlich die Ökumenische Aktion Ohne Rüstung Leben. Unter anderem mit ihrem regelmäßig erscheinenden Rundbrief. Für Ohne Rüstung Leben gehört das Engagement gegen Rüstungsexporte seit der Gründung im Jahre 1978 zu den Kernanliegen. Seit Ende der 70er-Jahre war Ohne Rüstung Leben an allen gemeinsamen Kampagnen der christlichen wie der weltlichen Friedensbewegung gegen Rüstungsexporte aktiv beteiligt. Derzeit liegt der Schwerpunkt der Arbeit auf Kleinwaffen.

In diesem Jahr will Ohne Rüstung Leben eine Kampagne starten für eine Gesetzesinitiative mit der Forderung nach einem grundsätzlichen Exportverbot für Kriegswaffen und Rüstungsgüter. Zudem engagiert sich Ohne Rüstung Leben in der Initiative »Entrüstet Daimler« und koordiniert seit 1991 die Kritischen Aktionäre beim größten deutschen Rüstungskonzern. Ihren nächsten öffentlichen Auftritt werden die Kritischen Aktionäre bei der diesjährigen Hauptversammlung von Daimler am 13. April 2011 im Berliner Internationalen Kongresszentrum (ICC) haben.

Darüber hinaus streitet Ohne Rüstung Leben für eine atomwaffenfreie Welt und den Abzug der noch verbliebenen atomaren Massenvernichtungsmittel aus Deutschland. Schließlich engagiert sich Ohne Rüstung Leben gegen die zunehmende Tendenz, Kriege und den Einsatz deutscher Soldaten zur Sicherung der Rohstoffversorgung und von Han-



Für Ohne Rüstung Leben nahmen den Preis entgegen (v.l.n.r.): Margit Sandig, Paul Rusmann, Elfriede Müller, Holger Rothbauer, Reinhardt Seibert und Brigitte Buxel

delswegen sowie von anderen wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen zu rechtfertigen.

Aber das Engagement von Ohne Rüstung Leben beschränkt sich – wie der Name schon nahelegt – nicht auf die Ablehnung von Rüstungsexporten, Rüstungsproduktion und von Atomwaffen. Impuls für die Gründung von Ohne Rüstung Leben war ein Appell der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen 1975 in Nairobi: »Die Kirche sollte ihre Bereitschaft betonen, ohne den Schutz von Waffen zu leben und bedeutsame Initiativen ergreifen, um auf eine wirksame Abrüstung zu drängen.« In Wahrnehmung dieses Auftrages hält Ohne Rüstung Leben an der konkreten Vision einer gewaltfreien Welt fest und engagiert sich für Prävention und die Lösung von Konflikten mit ausschließlich



Andreas Zumach hält die Laudatio

Paul Rusmann bedankt sich im Namen von Ohne Rüstung Leben



Die Preisträger

zivilen, nichtmilitärischen Instrumenten – und für eine Stärkung dieser Instrumente auf allen Ebenen von Politik und Gesellschaft.

Aktueller Ausdruck dieses Engagements ist die Aktion »Schulfrei für die Bundeswehr«, die Ohne Rüstung Leben gemeinsam mit anderen Friedensorganisationen gestartet hat. Gefordert wird die Rücknahme der sogenannten »Kooperationsabkommen« zwischen der Bundeswehr und den Schulministerien von bislang acht Bundesländern. Diese Abkommen ermöglichen Offizieren der Bundeswehr weitgehenden Zugang zu Schulklassen sowie zu Ausbildungs- und Fortbildungsseminaren für Lehrer und Referendare und sichert der Bundeswehr quasi ein Monopol zu für die Information über »zur Friedenssicherung notwendige Instrumente der Politik« – und damit weitgehende Möglichkeiten zur Rekrutierung von Soldaten für künftige Kriege. Die von Ohne Rüstung Leben mitinitiierte Aktion »Schulfrei für die Bundeswehr« fordert den Verzicht auf Werbung der Bundeswehr in Schulen und bei Lehrerfortbildungen sowie die Einführung von Friedenserziehung für Kinder und Jugendliche.

Für die friedensethische Diskussion innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) war Ohne Rüstung Leben mit seiner grundsätzlichen pazifistischen Position immer eine besonders wichtige Stimme. In der Friedensdenkschrift der EKD von 1981 wurde die Position von Ohne Rüstung Leben noch als »eine höchst reale Möglichkeit und Chance der Friedenspolitik« gewürdigt. In der letzten Friedensdenkschrift vom September 2007 ist

davon allerdings leider keine Rede mehr. Nicht zuletzt deshalb hoffe ich, dass der Göttinger Friedenspreis für Paul Russmann und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter von Ohne Rüstung Leben eine Ermutigung ist, an ihrer konkreten Vision von einer gewaltfreien Welt festzuhalten.

Andreas Zumach

Andreas Zumach ist internationaler Korrespondent der »tageszeitung« und weiterer Zeitungen und Rundfunksender bei der UNO in Genf.

Dieser Text ist eine gekürzte Fassung der Laudatio zur Verleihung des Göttinger Friedenspreises 2011.

Fotos: Jan Vetter (janvetter.com)

Redaktion: Paul Russmann, März 2011

Göttinger Friedenspreis 2011



Dokumentation

Dokumentation der Preisverleihungsfeier

Die wesentlichen Texte zur Preisverleihungsfeier für den Göttinger Friedenspreis am 5. März 2011 in Göttingen haben wir für Sie in einer Broschüre zusammengestellt. Auf 20 Seiten werden Preis-

urkunde, Eröffnungsrede, Begründung der Jury, Laudatio und die Dankesreden der Preisträger dokumentiert.

Die Broschüre kann als PDF oder in gedruckter Form (solange der Vorrat reicht) kostenlos über die Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608 396, orl-info@gaia.de bezogen werden.

Die Reihe »kompakt« enthält Kurzbeiträge oder Diskussionsbeiträge zu aktuellen friedenspolitischen Themen.

© und Bezug: Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Tel. 0711 608 396, Fax 0711 608 357, orl-info@gaia.de.

Spendenkonto: Ohne Rüstung Leben, Postbank Stuttgart, Kto.-Nr. 111 833 700, BLZ 600 100 70.

Die Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben wird vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) finanziell gefördert.